

An die
Mitglieder des
Ausschusses für Gleichstellung und Frauenförderung

**Antrag der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach § 76
Abs. 2 GOLT**

Die Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben mit Schreiben vom 14. Januar 2019 beantragt, folgenden Punkt gemäß § 76 Abs. 2 GOLT auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen:

„Neuregelungen des § 219a StGB“.

Begründung:

Im Zusammenhang der geplanten Ergänzung des §219a StGB veröffentlichten die Bundesministerinnen und -minister Horst Seehofer, Katarina Barley, Jens Spahn, Franziska Giffey und Helge Braun am 12. Dezember ein Informationspapier zum Stand der Beratungen mit dem Titel „Verbesserung der Information und Versorgung in Schwangerschaftskonfliktlagen“. Parallel dazu beriet der Bundesrat in der 973. Sitzung vom 14. Dezember 2018 den „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches - Aufhebung von § 219a StGB (Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft)“.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um Berichterstattung zum jeweiligen Sachstand der Beratungen sowie um eine Einschätzung aus Sicht der Landesregierung.